

PROSTITUTION

Bund will Minderjährige besser schützen

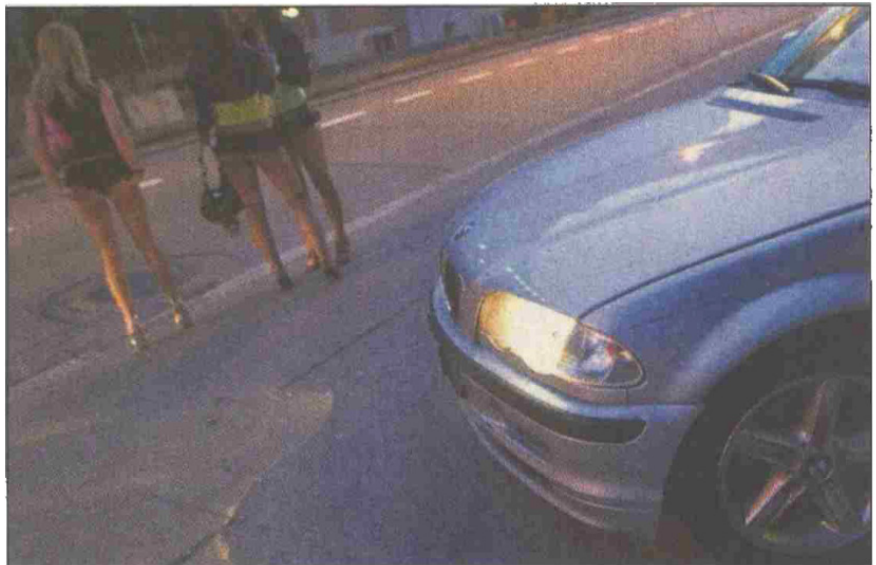
Grossrat Daniel Steiner will Minderjährige besser vor sexueller Ausbeutung schützen. Laut Kanton liegt der Ball beim Bund.

Prostitution ist nicht verboten. Auch dann nicht, wenn die Prostituierte minderjährig ist. Wer das 16. Lebensjahr erreicht hat, gilt als sexuell mündig. Strafbar ist lediglich, jemandes Notlage auszunützen, jemanden zur Prostitution zu zwingen oder der Prostitution zuzuführen.

Für den Langenthaler EVP-Grossrat Daniel Steiner ist der Schutz Minderjähriger vor sexueller Ausbeutung unzureichend. In einer Motion fordert er, die Kantonsregierung möge eine Standesinitiative einreichen, damit die Prostitution Minderjähriger auf Bundesebene verboten wird. Bestraft werden sollen nicht die Minderjährigen, sondern deren Freier. Salons und Escortservices sollen zudem keine Minderjährigen beschäftigen oder vermitteln dürfen.

Bund bereits aktiv

In seiner Antwort empfiehlt der Regierungsrat die Motion weitgehend zur Ablehnung. Zwar teile er Steiners Besorgnis, schreibt



Minderjährige dürfen sich prostituieren. Künftig sollen jedoch deren Freier bestraft werden.

der Regierungsrat. Weil aber der Bundesrat bereits aktiv geworden sei und im Juni die Europaratskonvention zum Schutze von Kindern vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch genehmigt habe, erübrige sich eine Standesinitiative.

«Klareres Zeichen erhofft»

Mit Unterzeichnung der Konvention verpflichten sich die Vertragsstaaten, auch die Inanspruchnahme sexueller Dienste von Minderjährigen unter Strafe zu stellen. Das Schweizerische Strafgesetzbuch wird entsprechend zu ändern sein.

Steiner ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. Enttäuschend sei, dass der Kanton Salons und Escortservices nicht verbieten will, Minderjährige zu beschäftigen. Zwar empfiehlt der Regierungsrat dem Parlament, diesen Punkt als Postulat anzunehmen. «Ich hätte mir hier ein klares Zeichen gewünscht», so Steiner. Er hofft nun, dass die Änderungen des Strafgesetzbuches zügig durchgesetzt werden. Laut dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sollen nächstes Jahr entsprechende Vorschläge in die Vernehmlassung gehen. **ANDREA SOMMER**